

**MAARIV**

**Ungewöhnliche Warnung aus Europa, bevor das Gesetz zur Todesstrafe für Terroristen im Knesset zur Abstimmung steht**

Von Anna Barsky

Quelle: <https://www.maariv.co.il/news/politics/article-1303182>

5

**Ungewöhnliche Warnung aus Europa, bevor das Gesetz zur Todesstrafe für Terroristen im Knesset zur Abstimmung steht**

10 *Das von Minister Itamar Ben-Gvir vorangetriebene Gesetz zur Todesstrafe für Terroristen wird heute Abend zur Abstimmung gebracht. Eine ungewöhnliche Erklärung aus Deutschland, Frankreich, Italien und Großbritannien stellt Israel vor eine diplomatische Front, die mit hohen image- und rechtlichen Kosten verbunden ist*

Anna Barsky

15 Während das Plenum der Knesset heute (Montag) über den Gesetzentwurf zur Todesstrafe für Terroristen berät, spielt sich der Kampf um die Initiative des Ministers für nationale Sicherheit, Itamar Ben-Gvir, längst nicht mehr nur auf der politischen Bühne Israels ab.

**Unter bestimmten Umständen – obligatorische Todesstrafe**

20 Neben dem Druck, den die Initiatoren des Gesetzes ausüben, um eine Mehrheit bei der Abstimmung zu erreichen, formiert sich auch eine internationale Front gegen den Vorstoß, angeführt von einer außergewöhnlichen Erklärung der Außenminister Deutschlands, Frankreichs, Italiens und Großbritanniens, die vor der Verabschiedung des Gesetzes warnten und Israel aufforderten, es aufzugeben. Gleichzeitig hat auch die Europäische Union „tiefe Besorgnis“ geäußert.

25 Die Botschaft aus Europa ist klar: Aus Sicht der wichtigsten Hauptstädte des Kontinents handelt es sich nicht nur um eine straf- und sicherheitspolitische Gesetzgebung, sondern um einen Schritt, der für Israel einen hohen politischen, rechtlichen und imagebezogenen Preis nach sich ziehen könnte.

30 Der Gesetzentwurf, der von „Otzma Yehudit“ und Minister Ben-Gvir vorangetrieben wird, zielt darauf ab, die Möglichkeit, die Todesstrafe gegen Personen zu verhängen, die wegen Mordes im Zusammenhang mit Terrorismus verurteilt wurden, erheblich auszuweiten. Gemäß dem Wortlaut des Entwurfs, der letzte Woche im Ausschuss für nationale Sicherheit im Hinblick auf die zweite und dritte Lesung gebilligt wurde, soll es in den Militärgerichten in Judäa und Samaria möglich sein, die Todesstrafe auch mit einfacher Mehrheit der Richter zu verhängen – und nicht nur einstimmig – und sie unter bestimmten Umständen fak-  
35 tisch zu einer obligatorischen Strafe zu machen.

**Internationale Kritik – Ein Gesetz nur für Palästinenser?**

40 Gleichzeitig sieht der Entwurf innerhalb Israels einen anderen Mechanismus vor, sodass bereits im Gesetzestext selbst zwischen dem in den Gebieten von Judäa und Samaria geltenden Verfahren und dem innerhalb des Staatsgebiets geltenden Verfahren unterschieden wird.

45 Genau auf diesen Punkt konzentriert sich der Großteil der internationalen Kritik. Vier europäische Staaten warnten in ihrer Erklärung, dass der Vorschlag „de facto diskriminierenden Charakter“ habe und dass seine Verabschiedung „das Bekenntnis Israels zu demokratischen Prinzipien untergraben könnte“. Auch die Europäische Union bekräftigte ihre grundsätzliche Ablehnung der Todesstrafe „in allen Fällen und ohne Ausnahme“ und stellte klar, dass das Gesetz tiefe Besorgnis hervorruft. Hinter diesen diplomatischen Formulierungen verbirgt sich eine schärfere Warnung: In Europa befürchtet man nicht nur eine Verschärfung der Strafen, sondern auch die Möglichkeit, dass das Gesetz in der Praxis vor allem gegen Palästinenser gerichtet wird und die Kritik an Israel auf internationaler Ebene  
50 verstärken könnte.

Neben der politischen Kritik werden auch rechtliche Vorbehalte laut. Es wird befürchtet,

55 dass das Gesetz auf Klagen vor dem Obersten Gerichtshof stoßen und auf internationaler Ebene heftige Vorwürfe hervorrufen wird, unter anderem weil es den richterlichen und klägerischen Ermessensspielraum einschränkt und zu unterschiedlichen Strafstrukturen zwischen verschiedenen Rechtssystemen führt, die für unterschiedliche Bevölkerungsgruppen gelten.

60 Für Israel hat dies nicht nur theoretische Bedeutung: Sollte das Gesetz verabschiedet werden, könnte es schnell zu einem weiteren Reibungspunkt gegenüber befreundeten Regierungen in Europa, gegenüber den Institutionen der Europäischen Union sowie gegenüber juristischen und internationalen Gremien werden, die die Politik Israels ohnehin bereits genau unter die Lupe nehmen.

**Ben Gvir: „Ein wegweisender historischer Moment“**

65 Ben Gvir hingegen zeigt keine Anzeichen eines Rückzugs. Heute Morgen sandte er einen Brief an die Knesset-Abgeordneten und die Kabinettsmitglieder, bezeichnete die Abstimmung als „historischen Wendepunkt“ und rief zu breiter Unterstützung für das Gesetz auf.

70 Doch die größere Geschichte dreht sich nicht nur um Ben Gvir und seine politische Kampagne, sondern um das Dilemma, vor dem die Regierung nun steht. Einerseits handelt es sich um ein Vorzeigegesetz von „Otzma Yehudit“, das Entschlossenheit und Härte im Kampf gegen den Terror signalisieren soll. Andererseits wächst in Jerusalem mit zunehmender internationaler Kritik die Befürchtung, dass der innenpolitische Gewinn mit einem unmittelbaren externen Preis verbunden sein könnte. Daher ist die heutige Abstimmung nicht nur ein koalitionspolitischer oder ideologischer Test, sondern auch ein diplomatischer: Inwieweit ist Israel bereit, sich in einer Frage, die nicht nur die Sicherheit, sondern auch sein rechtliches und demokratisches Ansehen in den Augen der Welt betrifft, frontal mit Europa anzulegen?

75

<https://www.maariv.co.il/news/politics/article-1303182>